

Das sagt Österreich

WOLFGANG FELLNER

Nach Philippa: Schluss mit Wählerbetrug!

Die Wiener Landeswahlbehörde hat ein wichtiges und richtiges Urteil gesprochen: Schluss mit dem Wählerbetrug!

Die FPÖ hat seit mehr als einer Woche in einer unappetitlichen Menschenhatz versucht, Philippa Strache ein rechtmäßig erworbenes Mandat abzugewinnen.

Es ist das gute Recht einer Partei, ihren Ex-Obmann auszuschießen – das Ibiza-Video und das Spesenchaos reichen für einen Parteiausschluss. Die Art, wie die FPÖ diese Strache-De-montage freilich betreibt (hinterhältig, intrigant, extrem feige und peinlich populistisch), wird dazu führen, dass HC Strache bei der Wien-Wahl ein Comeback feiern wird. Die Wähler haben ein gutes G'spür dafür, wann Politik stinkt.

Philippa Strache sollte das Opfer einer Sippenhaftung werden. Die FPÖ wollte die Ehefrau abmontieren, um (übrigens viel zu spät) Rache am „bösen Gatten“ zu üben. Entschuldigung bitte: Das geht gar nicht. Wir leben nicht mehr im Mittelalter, wo Frauen für ihre Männer verbrannt wurden.

Das Philippa-Attentat, das die FPÖ durchführen wollte, war Wählerbetrug.

Es ist höchste Zeit, den Wählerbetrug im Land zu stoppen – und ihn unter Strafe zu stellen. Das gilt für alle. Auch für die Grünen, die mit Werner Kogler ins EU-Parlament einziehen wollten – und die nach der Wahl nichts mehr von Koglers „EU-Reform“ in Brüssel wissen wollten, weil sie ihn für den nächsten Wahlkampf brauchten. Und das gilt sogar für Bald-Kanzler Kurz, der seinen Wählern eine Mitte-rechts-Regierung und eine „Fortsetzung des bisherigen Regierungskurses“ versprochen hat – und der jetzt vielleicht mit den Grünen im Polit-Bett aufwachen könnte.

Sebastian Kurz kann noch gegensteuern und seine Wahlversprechen halten – die FPÖ ist dagegen als Polit-Mafia, die ihre Mandate wie am Basar verschachern wollte, entlarvt.

Eine Frau hat gegen diese üblen Methoden gewonnen. Dafür gehört Philippa Strache unser Respekt. Sie wird jetzt unabhängig Abgeordnete – es sollte viel mehr davon geben!



FPÖ muss Mandat zurückgeben, HC will eigene Liste

Wilde Abgeordnete Strache sitzt künftig in der letzten Reihe.

Straches im Clinch mit der FPÖ Philippa „reitet“ dennoch ins Parlament ein.

FP-Kniff ging bei Wahlbehörde nicht durch **Strache bekommt Mandat – FPÖ kickt sie aber aus Klub**

Im Streit zwischen der FPÖ und den Straches musste das Innenministerium eingreifen.

Wien. Es war bislang ein wilder Ritt, der Philippa Strache – aller Voraussicht nach – am 23. Oktober ins Parlament führen wird. Nach langem Hickhack bei den Blauen entschied die Wiener Landeswahlbehörde am Mittwoch, dass ihr ein Mandat zusteht. „Frau Strache hat ein Landeslistenmandat erhalten, das ihr nicht entzogen werden konnte“, erklärt Christine Bachofner, Leiterin der zuständigen MA 62.

Der Grund: Dem auf der Liste vor Strache gereihten Harald Stefan wird das im Wahlkreis Wien-Süd erzielte Grundmandat zugeteilt. Dass er stattdessen das ihm ebenfalls zustehende Landeslistenmandat annimmt und so ein



Ein Bild aus besseren Tagen: die Straches mit Kickl und Hofer.

Vorrücken von Philippa verhindert, ist nicht möglich. Bei der Entscheidung handelt es sich um eine Premiere, so Bachofner: „Das ist der erste derartige Fall in Wien.“

Streit mit FP: Job weg, Titel weg und allein im Parlament

Die FPÖ Wien hat ja mit einem Kniff versucht, sicherzustellen, dass Strache nicht ins Parlament kommt. Dabei hat sie aber ein juristisches Detail übersehen. Die Nationalratswahlordnung sieht nicht vor, dass man zwischen Re-

gional- und Landeslistenmandaten hin und her springen kann. Die Wiener Landeswahlbehörde ließ das Mandatschaos um Strache vom Innenministerium prüfen – das entschied zugunsten der Frau des früheren FPÖ-Chefs.

Ausschluss. Aufnehmen will die FPÖ Strache in den Parlamentsklub aber trotzdem nicht – auch wenn die Zahl der blauen Mandatare damit auf 30 sinkt (s. r.). Das würde Strache zur wilden Abgeordneten machen. Ihren Titel als ehrenamtliche „Tierschutzbeauftragte“ der FPÖ hat sie bereits verloren, und auch der hoch dotierte Job als Social-Media-Managerin der FPÖ wird ihr jetzt weggenommen.

Tatsächlich wird Philippa als Nationalratsabgeordnete nun eine Spur weniger verdienen: 8.930 Euro statt wie bisher 9.500 Euro. Das natürlich nur, sofern sie ihr Mandat auch annimmt. Das will sie, Stand Redaktionsschluss, trotz heftigen Streits mit der FPÖ tun, wie ÖSTERREICH erfuhr.

Philippa-Streit kostet die FPÖ 511.180 Euro

Nicht nur Nerven, sondern auch mächtig viel Geld kostet die FPÖ jetzt der Streit mit den Straches. Denn wenn Philippa ihr Mandat erhält und die FPÖ sie in Folge aus dem blauen Parlamentsklub wirft, heißt das: ein Mandat weniger. Das wiederum bedeutet weniger Klubförderung für die FPÖ. Und zwar rund 52.236 Euro im Jahr, macht auf die fünfjährige Legislaturperiode gerechnet exakt 261.180 Euro, erklärt Experte Werner Zögnitz. Hinzu kommen noch einmal 250.000 Euro, die die blaue Parteijugend RFJ an Förderung verliert, wenn die FPÖ nur noch 30 statt 31 Abgeordnete im Parlament hat.

Ex-FP-Chef redet bereits mit möglichen Mitstreitern und Financiers

Strache-Partei: Wie er daran bastelt

Strache will mit einer eigenen Liste bei der Wien-Wahl 2020 antreten.

Wien. Die Pläne verfolgt er bereits seit einigen Wochen. Immer wieder fühlt der gefallene Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bei einstigen FPÖ-Weggefährten vor, ob sie mit ihm mitziehen

würden. Strache will, wie berichtet, mit einer eigenen Partei bei der Wien-Wahl 2020 antreten. Dafür holt er sich auch im Lager einstiger BZÖ-Leute – Jörg Haider hatte sich 2005 mit dem BZÖ von der FPÖ abgespalten – Ratschläge. In der blauen Welt beobachtet man Straches Plä-

ne mit Argusaugen und hofft, dass die Ermittlungen gegen Strache seinen Politplänen einen Strich durch die Rechnung machen könnten. Sogar mit möglichen Financiers redet er bereits. Angeblich seien zwei Unternehmer – einer aus Oberösterreich und einer aus Tirol – bereit dazu.



Strache: Tritt er bei Wien-Wahl an?



Neue Partei nach Haider-Vorbild.